

Ärztetag fordert neues Konzept für E-Gesundheitskarte

Die Ärzteschaft ist für sichere elektronische Kommunikation im Gesundheitswesen, lehnt aber die derzeitigen Pläne ab

von Horst Schumacher

Als der nordrhein-westfälische Landesgesundheitsminister Karl-Josef Laumann nach der Eröffnungsveranstaltung des diesjährigen Ärztetages zurück zu seinem Wagen ging, sprachen ihn vor der Münsterlandhalle demonstrierende Ärzte an. Sie äußerten plakativ (siehe Foto) und in Worten schwere Bedenken gegen die vom Gesetzgeber auf den Weg gebrachte Elektronische Gesundheitskarte (eGK). Drei Tage später fassten die Ärztetagsdelegierten den Beschluss: „Der Deutsche Ärztetag lehnt die Einführung der Gesundheitskarte in der derzeit geplanten Form ab. Er fordert die Politik auf, das Projekt unter Beachtung der Bedingungen der Ärzteschaft neu zu konzipieren.“

Missbrauch möglich?

Die Ablehnung der eGK „in der bisher vorgestellten Form“ sei „im Interesse eines verantwortungsbewussten ärztlichen Entscheidens und Handelns für die Patientinnen und Patienten zum Schutz ihrer Daten“, heißt es in einem weiteren Antrag. Zur Begründung der ablehnenden Beschlüsse hieß es, durch die Speicherung sensibler Patientendaten auf zentralen Rechnern werde das Arzt-Patienten-Verhältnis schwer beschädigt oder sogar zerstört. Der Zugriff auf die Daten und deren Missbrauch durch Dritte sei nicht sicher zu verhindern. Darüber hinaus warnten die Delegierten vor „nachträglich legalisierten“ Zugriffen, etwa für die Kassen zum gezielten „Management“ ihrer Mitglieder.

Darüber hinaus bringt das Projekt nach Auffassung der Ärztetagsmehrheit nach „keinen belegbaren medizinischen Nutzen“. Die elektronische Gesundheitskarte müsse „von Anfang an wirklichen Nutzen haben“ und dürfe die Abläufe in Klinik und Praxis nicht verkomplizieren.



Plakativer Protest gegen die Elektronische Gesundheitskarte vor der Tagungshalle. Foto: uma

Weiter hieß es, die Kosten dieser „milliardenschweren Entwicklung“ würden auf Patienten und Ärzte abgewälzt. „Die Einführung muss für Praxen und Krankenhäuser kostenneutral erfolgen“, forderte der Deutsche Ärztetag. Die Höhe der Kostenersparnis durch die eGK ist nach Auffassung der Delegierten derzeit kaum zu ermitteln, jedoch kämen eventuelle Einsparungen „voraussichtlich zum allergrößten Teil den Krankenkassen zugute“.

Offene Fragen

Enttäuscht von den Beschlüssen zeigte sich Dr. Franz-Joseph Bartmann, Vorsitzender des Ausschusses „Telematik“ der Bundesärztekammer und Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein. Die Sicherheitsarchitektur der so genannten

Telematik-Plattform hält er für „wasserdicht“. Hier können nach seiner Auffassung Informationen – zum Beispiel etwa zwischen Arztpraxen, Krankenhäusern und Apotheken – sicherer übermittelt werden als heute etwa per Post oder Telefax. Allerdings zeigte Bartmann auch Verständnis für die Ablehnung der Kolleginnen und Kollegen, denn: „Die Politik hat zu wenig Signale zur Klärung der noch offenen Fragen gegeben. Hier ist eine Missbrauchslage auf die Politik zurückgefallen.“

Elektronischer Arztausweis

Dass jedenfalls nicht Technikfeindlichkeit der Ärzteschaft als Grund für die Ablehnung der derzeitigen Konzeption der eGK durch den Ärztetag sein kann, zeigt sich im Votum der Delegierten für den elektronischen Arztausweis. „Die elektronische Kommunikation wird auch im Gesundheitswesen in absehbarer Zeit zu einer selbstverständlichen Form der Kommunikation werden“, stellten die Delegierten fest, „daher ist es wichtig, der Ärzteschaft die sichere Kommunikation untereinander und mit anderen Einrichtungen im Gesundheitswesen zu ermöglichen. Dieses Ziel soll durch die Einführung eines elektronischen Arztausweises erreicht werden“. Dieser Ausweis wird es Ärztinnen und Ärzten ermöglichen, sich beim Versand elektronischer Dokumente auszuweisen (Authentifikation), diese Dokumente rechtsgültig zu unterschreiben (Signierung) und für den Versand zu verschlüsseln.

Horst Schumacher